

WILLY KRESSMANN

Gedanken zur Wiedervereinigung aus der Sicht eines Berliners

Berlin ist heute ein Teil der Bundesrepublik Deutschland, morgen aber soll es die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland sein. In der Zwischenzeit liegt seine große Aufgabe darin, Hauptpfeiler der Brücke zwischen Ost und West zu sein. Die Fäden nicht reißen zu lassen, die sich trotz aller Schwierigkeiten noch von hüben nach drüben ziehen, neue Fäden zu knüpfen und sich auf die Übernahme hauptstädtischer Funktionen vorzubereiten — diese Aufgabe werden die Berliner nicht allein meistern können. Sie brauchen dazu die Unterstützung der Bundesrepublik und der freien Welt. Dabei ist es sehr bitter, mitunter feststellen zu müssen, daß so mancher Bundesrepublikaner keine oder doch nur sehr nebelhafte Vorstellungen von den Verhältnissen in Berlin hat. Jeder Bürger der Bundesrepublik sollte viel mehr um Berlin, seine Vorpostenstellung und seine Bedeutung für die deutsche Wiedervereinigung wissen.

Es war am 23. August 1943, als für Berlin die größte Tragödie seiner mehr als 700jährigen Geschichte begann. Ein Bombardement von mehr als 1500 schweren Bombenflugzeugen begann weite Teile der Stadt in Schutt und Asche zu legen. Ein Inferno brach über die Stadt herein, das fast zwei Jahre andauerte. Ganz Deutschland und nicht zuletzt die Berliner atmeten auf, als Anfang Mai 1945 der längst verlorene Krieg beendet und dem sinnlosen Morden Einhalt geboten wurde. Für einen Teil der Deutschen aber war der Leidensweg noch nicht zu Ende. Durch eine Vereinbarung der Siegermächte übernahmen die Sowjets das Gebiet östlich der Elbe bis zur Oder-Neiße-Linie als Besatzungsgebiet. Berlin wurde der 4-Mächte-Verwaltung unterstellt. Mit verbissener Zähigkeit und nach einem wohlüberlegten Plan begannen die Sowjets vom ersten Tage an, in ihrem Einflußbereich die politische und wirtschaftliche Gesundung zu hemmen und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei wurden sie offensichtlich vor 1945 in Moskau und nach dem Zusammenbruch aus Berlin von den deutschen Kommunisten falsch beraten. Die Kommunisten sind und bleiben eben Sektierer und haben die Aufgaben der Sozialisten in Mitteleuropa nicht begriffen.

Die freiheitlichen Kräfte Berlins setzten diesen kommunistischen Bestrebungen energischen Widerstand entgegen. Als sie ihre Haltung in einer demokratischen Verfassung niederlegen wollten, kam es zu der so verhängnisvollen Spaltung der Stadt.

Wir Deutschen wurden ein Opfer der Politik und der Gegensätze zwischen Ost und West. Während Washington und Moskau sich während des Krieges im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland einig waren, brachen jetzt die Gegensätze zwischen der Demokratie der USA und der kommunistisch-leninistischen Theorie des Ostens wieder auf. In den Augen des deutschen Bürgers versinnbildlichte sich mit dem Namen USA das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, des Reichtums, der Freiheit, mit dem Namen UdSSR hingegen rückständiges, agrarwirtschaftliches Land, unterdrückte Menschen. Dieses Weltbild beeinflusste natürlich auch die Politiker Mitteleuropas sehr stark. Für sie gab es daher nur die Orientierung nach dem Westen, also nach Washington. Die Konsequenz schlug sich auf beiden Seiten nieder, als Ergebnis kommt es unter anderem zur Blockade Berlins.

Wenn die Sowjets aber glaubten, damit die Widerstandskraft der Westberliner zu brechen, sahen sie sich schon bald in ihren Erwartungen getäuscht. Mit Hilfe der Luftbrücke und dank der ihnen eigenen vorbildlichen Disziplin haben die Berliner diese Monate durchgestanden. Zwar ist Berlin nicht ohne wirtschaftliche Schäden aus jener Zeit hervorgegangen, doch im Grunde hat sie seine Einwohner nur noch entschlossener gemacht, der Aufgabe gerecht zu werden, die das Schicksal ihr gestellt hat: Vorposten zu sein für die Erhaltung der Demokratie und Vorkämpfer für die Wiedervereinigung unseres Landes.

Zehn Jahre später zeigt sich heute eine ähnliche Situation. Die Sowjets versuchen über ihren bekannten Berlin-Vorstoß zu einer einseitigen Lösung der deutschen Frage zu kommen. Aber mögen die sowjetischen Drohungen auch noch so massiv sein: Die Berliner wird nichts im Vertrauen auf die Richtigkeit und Gerechtigkeit ihrer Sache erschüttern. Gerade in Berlin, am Schnittpunkt zweier Welten, wird das künftige Schicksal Deutschlands, vielleicht Europas, entscheidend gestaltet. Nirgendwo in der Welt zeichnen sich Wert und Unwert, Freiheit und Unfreiheit (auch in ihrer teilweisen Verlogenheit) so scharf gegeneinander ab.

Es ist einer der in die Zukunft weisenden Aspekte, daß sich die menschliche Natur instinktiv gegen die Versklavung zu wehren versucht. Oft bedarf es nur eines Funkens, um den angehäuften Zündstoff zur hellen Flamme werden zu lassen. So muß man auch den Anlaß sehen, der die Ereignisse des 17. Juni 1953 auslöste, ausgehend vom gespaltenen Berlin, dann überspringend in die gesamte Sowjetzone. Es ging wieder einmal um die Arbeitsnormen. Die Arbeiter fühlten sich mit Recht um ihren sauer verdienten Lohn geprellt. Sie streikten. Schwerlich hätte sich daraus eine echte Revolution entwickeln können, wenn die Wurzeln nicht viel tiefer gelegen hätten. Freiheit und freie Wahlen waren die Forderungen der Arbeiter (und nicht der „Bürger“). Nur die Wiedervereinigung aber kann ihnen die Erfüllung dieser Forderungen bringen.

Das Streben aller Deutschen muß diesem Ziele dienen. Dabei müssen wir uns darüber im klaren sein, daß nur eine echte *Vereinigung* denkbar ist. Keiner der beiden Teile kann den *Anschluß* des anderen verlangen. Wer etwa im Westen solchen Gedanken anhängt, ergänzt sich nur mit den Vorstellungen der Stalinisten. Das kann nicht der Sinn einer Politik im freien Westen sein. Man wird sich auch darüber im klaren sein müssen, daß es in dieser Runde notwendig sein wird, die Frage der Gebiete östlich von Oder und Neiße auszuklammern. Sie wird sich vermutlich überhaupt nur europäisch lösen lassen.

Nun ist die Wiedervereinigung wahrlich nicht — wie es die Sowjets glaubhaft machen wollen — ein ausschließlich deutsches Problem. Zwar ist die Situation des gespaltenen Deutschlands zweifellos eine Folge der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Systems und des Hitler-Wahnsinns schlechthin. Eine nicht wegzuleugnende Verantwortung für die Teilung Deutschlands aber tragen die Großmächte, die in Jalta die Aufteilung in voller Einmütigkeit beschlossen und später auch die Miß-

GEDANKEN ZUR WIEDERVEREINIGUNG

geburt eines viergeteilten Berlins für notwendig erachteten. Wir sollten nicht gewillt sein, die früheren Alliierten aus dieser Verantwortung zu entlassen. Das bedeutet natürlich nicht, tatenlos daneben zu stehen und zu warten, bis uns die Wiedervereinigung in den Schoß fällt. Es wird vielmehr unumgänglich sein, die Siegermächte immer wieder darauf hinzuweisen, daß der europäische und der Weltfriede unlösbar mit der deutschen Frage verbunden sind. Das freie Deutschland muß bei aller alliierten Verantwortung den Boden für die Wiedervereinigung vorbereiten. Es genügt nicht, nur zu reden, man muß im Innersten seines Herzens *wollen!*

Es ist meine große Sorge, daß sich in der Bundesrepublik unter dem Einfluß des sogenannten Wirtschaftswunders und der damit verbundenen scheinbaren Existenzsicherheit dieses Wollen stark abgekühlt hat. Das aber darf nicht sein! Wir Berliner haben die Not der Menschen drüben und die untragbaren Begleitumstände der Spaltung ständig vor Augen. Für uns ist die Wiedervereinigung daher nicht nur eine Sache der Politik, sondern vor allem auch eine Sache des Herzens. Gerade weil das so ist, hängen die Berliner auch niemals lange an veralteten, überholten Vorstellungen, auch wenn sie noch so lieb geworden sind. Uns fehlt nie der Mut, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und neue Gedanken zu entwickeln. Lösen wir uns jetzt von der Vorstellung, daß man mit einem, der nicht politischer Freund ist, keine politischen Gespräche führen dürfe. Tun wir das nicht, so wird die Entwicklung über unsere Köpfe hinweggehen.

Natürlich ist der von der Sowjetunion vertretene Standpunkt abzulehnen, die *allein mögliche Lösung* der deutschen Frage sei die Verhandlung zwischen Bonn und Pankow. Das Gesetz des Handelns zwingt uns aber, über die bloße Ablehnung hinaus Gegenvorschläge zu machen. Die Sowjetunion wird im übrigen ihre Zustimmung zu einer Wiedervereinigung nur dann geben, wenn vorher die künftige internationale Position eines solchen Deutschlands klar ist. Deshalb ist es so bedauerlich, daß Vorschläge wie der Rapacki-Plan noch immer auf eine ernsthafte Prüfung und Würdigung warten.

Nun ist oft gesagt worden, die Wiederherstellung der Einheit unseres Landes sollte nicht nur auf dem Gebiet der großen Politik betrieben werden. Das ist sehr richtig! Zweifelsohne liegt eine große Gefahr in der menschlichen Entfremdung der beiden Teile Deutschlands. Daß die Pankower Machthaber alles versuchen, um die Existenz zweier deutscher Staaten als endgültig hinzustellen, erscheint von ihrem Standpunkt durchaus verständlich. Was wird aber im freien Teil Deutschlands getan, um das Gemeinsame wachzuhalten? Fragt man einmal einen jungen Menschen, was er über die Geschichte, die Landschaft, die Kultur Mitteldeutschlands weiß, so wird einem erschreckend klar, was in den vergangenen Jahren versäumt worden ist. Von uns ungewollt, von reaktionären Kräften in Ost und West begünstigt, stellt die DDR heute ein Faktum dar, vor dem wir die Augen nicht verschließen können. Die Verhandlungen in Genf haben das sehr klar ergeben. Die vor uns stehenden Verhandlungen, die sicher sehr langwierig sein werden, müssen ein Ergebnis haben, das beide Seiten weit entfernt von den heutigen Vorstellungen finden wird. Die Sowjets stellen uns aber heute vor die Situation, entweder zu einem solchen Übereinkommen zu gelangen oder eine Separatlösung zwischen Sowjetunion und DDR zu akzeptieren. Eine solche aber würde die Spaltung verewigen, die Vereinigung jedenfalls auf lange Sicht unmöglich machen.

Viele Jahre verfehelter Politik des Westens haben den Sowjets diese Position verschafft. Was ist zu tun? Einer Konföderation im starren staatsrechtlichen Begriff können wir nicht zustimmen. Ein auf ewig gerichteter lediglich loser Zusammenschluß zweier absolut unabhängiger, souveräner Staaten ist nicht akzeptabel. Ein für den Anfang lokales, zunächst auf Angleichung, später auf völlige Vereinigung eingerichtetes Staatsgebilde muß aber einmal in unsere Überlegungen einbezogen werden. Dabei wären einige Voraussetzungen unerlässlich, wovon ich zwei nennen möchte: Einmal dürfte die

WILLY KRESSMANN

gesteckte Frist sich nicht über Jahrzehnte erstrecken. Zum anderen müßte bereits die erste Phase einen entscheidenden Schritt in Richtung der endgültigen Vereinigung bringen.

Hier ist nicht der Ort, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Soviel aber muß gesagt werden: Es wäre neben anderen gemeinsam zu schaffenden Institutionen vor allem ein auf demokratischer Grundlage gebildetes parlamentarisches Gremium und ein Exekutivorgan zu schaffen. Die Befugnisse dieser Gremien sollten begrenzt sein. Im wesentlichen auf die spätere Einheit gerichtet, sollten ihre Kompetenzen etwa so gestaltet sein, wie es der von der Sozialdemokratischen Partei vorgelegte Deutschlandplan vorsieht. Sitz aller zu bildenden Organe kann nur Berlin sein. Die Stellung Berlins darf in dieser Zeit nicht verändert werden. Die Forderung der Sowjets, West-Berlin zu einer sogenannten Freien Stadt zu machen, muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Bei jedem wie auch immer gearteten Stufenplan muß der gegenwärtige Status Berlins erhalten bleiben. Erst wenn die staatliche Einheit hergestellt ist, ist die Aufgabe der Vier-Mächte-Verwaltung beendet.

Dann wird Berlin wieder die Funktion einer deutschen Hauptstadt zu übernehmen haben. Das mag denen, die sich im Bundesdorf Bonn für Hunderte von Millionen Mark häuslich eingerichtet haben, nicht gut in den Ohren klingen. Berlins Aufgabe ist aber in dieser Richtung klar vorgezeichnet durch seine politische und geographische Lage sowie durch seine geschichtliche Entwicklung. Ziel allen deutschen Handelns muß sein, diese Stadt wieder zum Pulsschlag ganz Deutschlands zu machen.

Entscheidend wird dabei sein, was man für die Wiedervereinigung zu opfern bereit ist. Entscheidend wird sein, die künftige Politik Gesamtdeutschlands und seinen militärischen Status in dem zu schaffenden europäischen Sicherheitssystem festzulegen.

17 Millionen Deutsche östlich der Elbe warten und hoffen. Sie mit ihren Landsleuten des freien Teils ihrer Heimat zu vereinen, muß das Ziel allen deutschen Handelns sein, auch dann, wenn dabei das ausgefahrene (natürlicherweise bequeme) Gleis einer konservativen Politik verlassen werden muß. Wer das nicht sieht oder etwa gar nicht sehen will, versündigt sich an Deutschland. Er wird dafür einst von der Geschichte zur Rechenschaft gezogen werden.